

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf



Ostermarsch 2005. An den Demonstrationen und Kundgebungen in mehr als 60 Städten beteiligten sich viele tausend Menschen. Zum größten Ostermarsch am „Bombodrom“ in der Wittstocker Heide in Brandenburg versammelten sich allein 10.000 Demonstranten. Unser Foto: Abschlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg.

Krieg darf kein Mittel der Politik sein

Im Mittelpunkt der Osteraktionen standen die Kritik an den deutschen Rüstungsexporten, am Irak-Krieg, sowie an den Plänen für eine weitere Militarisierung der Europäischen Union. Die Friedensbewegung lehnt insbesondere den Entwurf für eine EU-Verfassung ab, weil diese zur Aufrüstung verpflichtet. Im Artikel 41 heißt es hier z. B.: *„Die EU-Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“*

Mit den Ostermärschen wollte die Friedensbewegung außerdem an das Kriegsende, an die Befreiung vom Hitlerfaschismus sowie die Atombombenabwürfe der USA vor 60 Jahren erinnern. Übereinstimmend wurde damals formuliert: *„Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“*. Heute scheinen die geschichtlichen Mahnungen vergessen. Drohungen mit militärischer Gewalt und völkerrechtswidrige Angriffskriege sind zu „legitimen“ Mitteln der herrschenden Politik gewor-

den. Entgegen dem Grundgesetz bejaht die geltende Militärdoktrin Kampfeinsätze in aller Welt.

Die Europäische Union soll laut EU-Verfassung in ein Militärbündnis mit eigenen Angriffskapazitäten umgewandelt werden. Diese Verfassung will der deutsche Bundestag am 9. Mai ratifizieren, ohne die Bevölkerung zu befragen.

Der durch die Bush-Administration proklamierte „Kampf gegen den Terror“ provoziert nicht nur neue Kriege, sondern führt auch zu Militarisierung unserer Gesellschaft. Neonazismus, Demokratieabbau, Rassismus und Generalverdächtigungen besonders gegenüber ausländischen Mitbürgern wachsen dramatisch an.

Auch nach den Wahlen in Irak wird das Ausmaß der sozialen, wirtschaftlichen und humanitären Katastrophe verschleiert. Die Anzahl der Todesopfer in der Zivilbevölkerung hat mittlerweile weit über 100.000 erreicht.

Die Forderungen der Ostermarschierer:

- Keine logistische Unterstützung für die US-Kriegsmaschinerie im Nahen und Mittleren Osten und Rückzug aller Interventionsstreitkräfte, Rückzug aller deutschen Soldaten aus Militäreinsätzen im Ausland;
- kein Abbau demokratischer und sozialer Rechte, keine Ausgrenzung von Minderheiten durch fremdenfeindliche und rassistische Maßnahmen
- für ein ziviles und soziales Europa anstatt einer Festschreibung der Aufrüstung durch die EU-Verfassung
- Umlenkung von Rüstungsausgaben in Sozialausgaben anstatt neuer Rüstungsprojekte für die Bundeswehr

**Nein zu Aufrüstung,
Demokratieabbau und Krieg!
Für eine friedliche Welt!**



Waffendealer Deutschland

Als SPD und Grüne gewählt wurden, gab es viele Hoffnungen, die auf fast allen Gebieten platzten. Es wäre vor allem interessant, was die vielen Grünen, die früher in der Friedensbewegung aktiv waren, zu den nachstehenden Fakten sagen. Denn die SPD-Grüne-Regierung hat einen neuen Rekord beim Waffenhandel aufgestellt. Laut Rüstungsexportbericht haben sich die Lieferungen von Kriegswaffen im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr vervierfacht. Die Genehmigungspraxis ist unter der Regierung Schröder-Fischer liberaler als unter Kohl-Genscher.

Ein Schwerpunkt deutscher Waffenlieferungen liegt im Nahen Osten. Neben Israel gingen Waffen „made in Germany“ in die Vereinigten Arabischen Emirate, nach Saudi-Arabien, Ägypten, Kuwait, Jordanien, Bahrain, in den Irak und nach Libyen.

Bundeskanzler Schröder machte sich bei seiner Reise durch die Golfstaaten Anfang März persönlich zum obersten Waffenhändler der Nation. Die Vertreter der Rüstungsindustrie in seinem Tross fühlten sich sichtlich wohl.

Im Oktober 2000 hatte der Bundeskanzler und sein Verteidigungsminister den Bossen der führenden deutschen Rüstungskonzerne zugesagt, dass die Regierung das Ziel verfolgt, „die Kernkompetenzen und damit die Systemfähigkeit der Unternehmen der Heerestechnik und des Marineschiffbaus zu erhalten.“

Im Juni 2002 erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der SPD-Fraktion Hans-Ulrich Klose im Interview mit dem Handelsblatt zur Bedeutung der deutschen Rüstungsindustrie: „Aus außenpolitischer Sicht bedeutet die Rüstungsfähigkeit einen Machtfaktor. Eine Preisgabe bedeutet also einen Machtverlust (...) Das Ziel muss sein, eigene Rüstungskapazitäten zu erhalten und sogar auszubauen.“ (HB 18. 6. 2002) ...und so geschieht es jetzt Jahr für Jahr.



Die Macht hat das Großkapital

Schröder appelliert an die Großkonzerne, doch bitte hier zu bleiben und im Land zu investieren. Bei den „Großen“ bittet er, die „Kleinen“ bekommen Sozialabbau verordnet. Die „Großen“ pfeifen auf den Appell. Auch im März sind 5,176 Millionen Menschen ohne Job. Im Vergleich zum Vorjahr waren im März 628.000 Arbeitslose mehr registriert. Halten wir fest: Die Dax-Konzerne verdoppelten ihre Gewinne auf 35,7 Milliarden Euro, gleichzeitig gab es den Abbau von 35.000 Arbeitsplätzen.

Die Zahlen machen deutlich, dass das zentrale Ergebnis des März-„Job-Gipfels“, die Senkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 19 Prozent, in die falsche Richtung weist. Denn die Gewinnverdopplung der im Dax vertretenen Konzerne hat eben gerade nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen geführt, sondern war im Gegenteil mit zehntausendfachem Stellenabbau verbunden. Die Appelle des Bundeskanzlers an die „patriotische Verantwortung“ der Unternehmen verhallen ungehört.

Halten wir fest: Die Macht in unserem Land hat nicht Schröder oder Merkel, die Macht haben die Großbanken und das Großkapital. Wer sozialere Politik haben will, muß eine Politik machen, die diese Macht zurückdrängt. Punkt.

Die von Bundesregierung und konservativ-liberaler Opposition willfährig bedienten Jammereien der Unternehmerverbände über den angeblich schlechten Standort Deutschland haben sich als Zweckklügen erwiesen, die vor allem eines zur Folge hatten: eine Gewinnexplo-

sion bei den Konzernen. Die Politik sollte sich nun darauf konzentrieren, Rahmenbedingungen zu schaffen, die endlich auch wieder die Binnenkaufkraft steigen lassen.

Und man muß es deutlich aussprechen: Wer den Milliardären nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

Möglichkeiten gibt es genug: Zwanzig bundesdeutsche Familien besitzen zusammen 100 Milliarden Euro. Aber 3,2 Millionen Bundesbürger müssen von 345 Euro im Monat leben.

Reformen für die Zukunft der Reichen

Norbert Walter,
Deutsche Bank, am 7. 2. 2005:

„Wir müssen, nachdem der Sozialismus der DDR überwunden wurde, den westdeutschen Sozialismus überwinden, damit wir die Zukunft gewinnen können!“



Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Die Lufthansa will kein Nachtflugverbot

Die umfangreiche Einwendung der Lufthansa im Genehmigungsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens entlarvt nach Meinung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Einführung des Nachtflugverbotes von 23.00 bis 05.00 Uhr als leeres Versprechen.

Die Lufthansa will kein Nachtflugverbot. Für den BUND ist es bereits überaus



zweifelhaft, dass der Planfeststellungsbeschluss das Flugverbot für die wenigen Kernstunden der Nacht enthält. Spätestens vor Gericht würde eine solche Regelung vermutlich aufgehoben. Wie ernst es der Lufthansa mit der Ablehnung des Nachtflugverbotes ist, belegt ihre umfangreiche Einwendung von mehreren hundert Seiten.

Der Verband erinnert daran, dass das von der Landesregierung vor zweieinhalb Jahren beantragte Flughafensystem Frankfurt - Hahn bei der EU noch nicht bewilligt wurde und somit weiterhin eine aus der Sicht des Landes Hessen wichtige Voraussetzung für die Herstellung der begrenzten - Nachtruhe fehlt. Es ist bezeichnend, dass die Landesregierung sich seit Monaten nicht mehr zu den rechtlichen und politischen Konsequenzen äußert, die aus einem Scheitern des sog. Mediationspakets resultieren.



Gleich platzt er!

“Nicht nur das wirtschaftliche Wohlergehen der Rhein-Main-Region, sondern ganz Deutschlands hängt vom Ausbau ab!”

Fraport-Chef Wilhelm Bender

Die reichsten Deutschen

In Deutschland leben rund 365.000 Personen mit mehr als einer Million Euro Geldvermögen (zusammen 2.000 Milliarden Euro) und 3.700 Personen mit einem Geldvermögen von mehr als 30 Millionen Euro. 612 Milliarden Euro befinden sich allein im Besitz dieser 3.700 Superreichen. Die Reichen machen 2,1 Prozent der Bevölkerung aus.

Theo Albrecht, Aldi Nord:	14,6 Mrd. Euro
Karl Albrecht, Aldi Süd:	12,6 Mrd. Euro
Susanne Klaffen, Altana/Pharma, BMW:	7,5 Mrd. Euro
Werner Otto, Otto Versand, ECE/Immobilien:	6,6 Mrd. Euro
Reinhard Mohn, Bertelsmann:	5,7 Mrd. Euro
Familie von Holtzbrinck, Verlagsgruppe Holtzbrinck:	5,6 Mrd. Euro
Friedrich Karl Flick, Aktien, Immobilien:	5,4 Mrd. Euro
Curt G. Engelhorn von Boehringer Mannheim:	4,7 Mrd. Euro
Hasso Plattner, SAP-Mitbegründer:	4,7 Mrd. Euro
Familie Reimann, Reckitt Benckiser, Coty/Kosmetik:	4,6 Mrd. Euro
Michael und Reiner Schmidt-Ruthenbeck, Metro:	4,6 Mrd. Euro
Erivan Haub, Tengelmann:	4,5 Mrd. Euro
Stefan Quandt, BMW:	4,4 Mrd. Euro
Erich von Baumbach, Boehringer Ingelheim:	4,1 Mrd. Euro
Albert Boehringer, Boehringer Ingelheim:	4,1 Mrd. Euro
Otto Boehringer, Boehringer Ingelheim:	4,1 Mrd. Euro
Heinz Bauer, Bauer Verlag	4 Mrd. Euro

(Eine Milliarde sind 1.000 Millionen.)

Man glaubt es nicht

Das Regierungspräsidium Darmstadt (verantwortlich für die Planfeststellung für die A-380-Halle und den Flughafenausbau) fragt bei der Stadt an, ob ihre Gemarkung – gemeint ist das Wiesengelände östlich der Autobahn – für Hubschrauberschwebeflüge genutzt werden könne. Hintergrund: Ein gewerbliches Ausbildungsunternehmen auf dem Flugplatz Egelsbach bildet Piloten aus und Lehrflüge stören sowohl den Flugbetrieb als auch die angrenzende Gemeinde. Wegen der Verlärmung des Unterwaldes (Mönchbruch bis Rüsselsheim/Nauheim/Kelsterbach) suchen viele Bürger Naherholung im Oberwald (Naturfreundehaus/Gräfenhausen/Egelsbach). Dieses Gebiet, zwar schon von Autobahn und Flugplatz Egelsbach beeinträchtigt, würde zusätzlichen Lärm durch die Lehrflüge der Hubschrauber erfahren. Sicher hat man sich gedacht, die Mörfelder sind eh schon taub, da kommt es auf ein bisschen mehr Krach nicht mehr an.

R. D.

Die Lärmschutzwand und die Kosten

Die DKP/OL hat die von SPD und CDU vor fünf Jahren beschlossene „Satzung über die Erhebung der Erschließungsbeiträge für die Immissionschutzanlage im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Plassage/Lange Äcker“ abgelehnt.

Sie hält die Heranziehung von Bürgerinnen und Bürgern aus älteren Walldorfer Wohnlagen auch weiterhin für ungerecht, da sie nicht ursachengerecht ist. Insbesondere halten wir den Ansatz bei der Kostenverteilung 40% „Plassage/Lange Äcker“ / 60% „ältere Wohnlagen“ für fragwürdig und rechtlich bedenklich. Wir können nicht sagen, ob Widersprü-

che oder weitergehende Rechtsmittel gegen die Heranziehungsbekanntmachungen aussichtsreich sind. Politisch ist Widerspruch allemal sinnvoll und wir raten prinzipiell dazu. Wenn der Rechtsweg beschritten werden soll macht es Sinn, wenn möglichst viele Betroffene an einem Strang ziehen. Nur so ist ggf. zu überprüfen, ob der Bürgermeister und die Verwaltung recht haben, wenn sie sagen: „Da ist rechtlich nichts zu machen, die Bescheide sind „wasserdicht“, die Bürger müssen zahlen!“

Ungeachtet dessen erwarten wir von der Verwaltung, dass sie den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern so weit wie möglich entgegenkommt und ihnen die angeforderten Beträge auf Antrag unbürokratisch stundet oder zinslose Ratenzahlung einräumt. GS

Alexis Muston - eine Entdeckung

Im Heimatmuseum Walldorf wird eine bemerkenswerte Ausstellung über Alexis Muston und Georg Büchner gezeigt. Erstmals erfuhren dabei viele Menschen etwas über Alexis Muston.

Alexis Muston (1810-1888) war ein Freund Georg Büchners. Er war Theologe, Mediziner und Historiker, vor allem aber Humanist und Weltbürger. Mit bekannten Persönlichkeiten seiner Zeit führte der Alexis Muston Briefwechsel, außerdem widmete er sich neben seinem Interesse an Medizin und Geschichte auch der Botanik und Homöopathie.

Muston wurde in Torre Pellice geboren. Die Stadt ist heute Partnerstadt von Mörfelden Walldorf, aus den Tälern rings um Torre Pellice kamen die Waldenser, die 1699 Walldorf gründeten. Die Waldenser wurden wegen ihres Glaubens in ihrer piemontesischen Heimat verfolgt. In der Ausstellung zu sehen sind historische Dokumente, Fotografien, Briefe und Zeichnungen, die Muston hinterließ. In französischer und deutscher Sprache geben die Tafeln Auskunft über die Biografie Mustons.

Gleichzeitig gibt es einen Bereich über Georg Büchner der am 17. Oktober 1813 in Goddelau geboren wurde. Bei der Eröffnung im überfüllten Museum las die Stadthistorikerin Cornelia Rühlig aus Büchners Hessischem Landboten: *„Die Justiz ist in Deutschland seit Jahrhunderten die Hure der deutschen Fürsten. ... Ihr dürft euern Nachbarn verklagen, der euch eine Kartoffel stiehlt; aber klagt einmal über den Diebstahl, der von Staatswegen unter dem Namen von Abgabe und Steuern jeden Tag an euerm Eigenthum begangen wird.“*

Die DKP Mörfelden-Walldorf verteilte bei der Eröffnung eine zweisprachige Ausgabe ihrer Zeitung „blickpunkt“.

Grünes Erbe

Eigentlich liegen die Fakten auf dem Tisch und keiner kann sagen, das habe er nicht kommen sehen. Es war in der Legislaturperiode 1985-1989 als CDU und Grüne Bürgerliste eine Koalition bildeten und der „verhassten“ SPD eins auswischen wollten. Da beschlossen diese beiden Parteien das Baugebiet Plassage/Lange Äcker. Wie gesagt, die SPD zierte sich, betrieb aber in den Folgejahren die Baugebietserweiterung. Die Lärmschutzwand an der Bahnlinie war Auflage für die Genehmigung durch den RP. Die Kosten, das war damals klar, sollten auf die Bauwilligen und auf die Nutznießer der Lärmdämmung umgelegt werden. Dass die Berechnung per Computersimulation erfolgte und auch die Bürger bis westlich des Vitrollesrings zur Kasse gebeten werden, überraschte allerdings.

Festzuhalten ist: die Grünen gehörten zu den Initiatoren des Baugebietes. Zwar sagen die heutigen Abgeordneten, sie seien damals noch keine Mandatsträger gewesen. Doch wer ein Erbe antritt, bekommt notfalls auch Schulden.

PS: Die DKP war damals nicht im Stadtparlament. Zudem vertraten und vertreten wir die Meinung, dass in diesem stark belasteten Ballungsraum keine neuen Baugebiete zugelassen werden sollten. R. D.

Georg Büchner - Alexis Muston

Feuervögel

Ein Schauspiel von Heinz Fischer
Über die Julirevolution 1830 in Paris,
Büchners Verfolgung und seinen Freund Muston

Regensburger Studententheater

Donnerstag, 21. April 2005, 19.30 Uhr, Stadthalle Walldorf

Eintritt 5 Euro - Vorverkauf: Stadtbüro Mörfelden und Walldorf,
Buchhandlung Giebel und in den örtlichen Museen



Claudio Bertalot (links), Bürgermeister von Torre Pellice und Gerd Schulmeyer, Fraktionsvorsitzender der DKP/OL Mörfelden-Walldorf.

Aus dem Kreistag



„Nein“ zu höheren Müllgebühren !

Neuordnung der Abfallgebühren und Änderung der Gebührensatzung führen für die Bürgerinnen und Bürger ab 2006 zu höheren Belastungen, weil die Kommunen die Kreisgebühren weitergeben werden.

Das ist vor allem deshalb unbefriedigend, weil Müllvermeidung kein Thema mehr ist. Dem Bürger wird vielmehr der widersinnige Eindruck vermittelt, dass für immer weniger Müll immer höhere Gebühren erhoben werden müssen, weil die „Fixkosten“ der Entsorgung unabhängig von der Menge ständig steigen.

Dies gilt insbesondere für diejenigen Kommunen, die sich - wie unser Landkreis - übermäßig gesetzestreu verhalten haben und verhalten. Vorauseilender Gehorsam und ökologische Begeisterung der politisch und in der Geschäftsführung der Riedwerke Verantwortlichen, schlagen im Kreis Groß-Gerau seit langem zu Lasten der Kreiskasse und damit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises zu Buche. Mit mehr Gerechtigkeit hat das vorgelegte „Konzept“ nichts zu tun. Die gesetzlichen Vorgaben werden ebenso wie die zu-

nehmend privatwirtschaftlich orientierte Abfallbeseitigung widerspruchslos akzeptiert und die Mehrkosten auf die Bürger umgelegt. Und keiner garantiert, dass es nicht in fünf Jahren wieder „völlig neue“ Erkenntnisse gibt und die nächste Runde im „Geschäft“ mit dem Müll eingeleitet wird. Der Bundesgesetzgeber lässt mit seiner TASI gerade diejenigen Kommunen im Regen stehen, die frühzeitig moderne Deponien gebaut oder ihre Anlagen modernisiert haben. Müllintensive Betriebe und private Betreiber von Entsorgungsanlagen profitieren von einer Gesetzgebung, die den öffentlichen Auftrag zur umweltverträglichen, nachhaltigen Entsorgung zu einem Fass ohne Boden für die Kommunen gemacht hat. Wer seine „Hausaufgaben“ gemacht hat, ist der Dumme. Wer z.B. keine Hemmungen hatte, seine Mülldeponien auch auf niedrigstem Standard weiter zu betreiben, steht zumindest finanziell besser da.

Frechheit siegt hier offensichtlich auf der ganzen Linie. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist das weder einzusehen noch hinnehmbar. Und dabei geht es nicht um „rückwärtsgewandtes Lamentieren“, wie H.-J. Vorndran für die SPD-Kreistagsfraktion Verweise auf die Ursachen drückender Kosten für Zinsen und Abschreibungen der bis vor kurzem „modernsten Deponie Europas“ bezeichnet hat. Wir erwarten vielmehr, dass seitens der Kreisverwaltung entschieden zumindest andere Restlaufzeiten oder aber Entschuldungsprogramme für betroffene Kommunen wegen enteignungsgleicher Entziehung der Geschäftsgrundlagen eingefordert werden. Von

dahin gehenden Anstrengungen haben wir bisher nichts gehört.

Abfallentsorgung muss mit Müllvermeidung anfangen. Sie ist eine öffentliche Aufgabe und keine „Geschäftsidee“. Sie muss den kapitalistischen Marktmechanismen entzogen werden.

Das „neue Gebührenkonzept“ ist ein untauglicher Versuch, das Elend der vorwiegend im Interesse der Privatwirtschaft und ihres Marktes geschaffenen Rechtslage besser zu verwalten. Mit mehr Gerechtigkeit hat das nichts zu tun.

Deshalb lehnen wir es ab.

Gerd Schulmeyer

PDS/Offene Liste im Kreistag

Keine Ausbildungsplätze

„Die Trendwende am Ausbildungsmarkt ist geschafft.“ Das meldete Mitte Februar Bundeswirtschaftsminister Clement. Damit habe der Ausbildungspakt zwischen Bundesregierung und Wirtschaft sein erstes Ziel erreicht. „Die Regierung nimmt nicht das ganze Bild zur Kenntnis“, verlautet aus DGB-Kreisen.

Ende Dezember 2004 suchten nach Angaben des Wirtschaftsministers knapp 15.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Ihnen standen noch 15.542 Plätze für berufliche Einstiegsqualifikationen (EQJ) sowie 4300 unbesetzte Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Relation zwischen Angebot und Nachfrage hat sich trotz Ausbildungspakt verschlechtert. Es kommen im Durchschnitt 0,7 Stellen auf einen Bewerber in den alten und 0,5 in den neuen Bundesländern. Das kann man nun tatsächlich nicht als Erfolg verkaufen. Tatsächlich befinden sich 350.000 Jugendliche in berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, auf EQJ-Plätzen und Praktika. Das ist alles Ersatz für nicht vorhandene Ausbildungsplätze. Das sind „Verschiebebahnhöfe“. Der Ausbildungspakt ist eine Mogelpackung. Mit diesem Pakt wird die Verstaatlichung der Berufsausbildung weiter vorangetrieben, und weitere Teile der Ausbildungskosten werden auf den Steuerzahler abgewälzt.

Für das Ausbildungsjahr 2005 erwartet das Wirtschaftsministerium 625.000 Bewerber um Lehrstellen, rund 7000 mehr als 2004. Auch das ist kaum realistisch, denn die Jugendlichen aus den „Verschiebebahnhöfen“ sind in diesen Zahlen nicht enthalten. R. D.

Immer mehr Arbeitslose -
immer mehr Milliardäre!

Nicht mehr alles
gefallen lassen!

1. Mai 2005, 10 Uhr
Demonstration
zur Kundgebung
ins Bürgerhaus Mörfelden

Treffpunkt:
Goldener Apfel, Langgasse

Weitere Veranstaltungen:

30. April, 18 Uhr
Aus Anlaß des 60. Jahrestages des Kriegsendes, gibt es einen Rundgang zu den Plätzen der Verfolgung und des Krieges.
Treffpunkt:
Heimatemuseum Mörfelden.

30. April, 20 Uhr
Eröffnung der
Ausstellung über das
Mörfelder Volkshaus
im „KuBa“

30. April, 21 Uhr
Lieder und Texte von Brecht,
Tucholsky, Mühsam,
Kreisler u.a.
Im „KuBa“

April 1945, die ersten Tage ohne Krieg



Wie war das in den ersten Wochen, nachdem die amerikanischen Truppen Mörfelden und Walldorf am 25./26. März 1945 besetzt hatten? Vieles ist nicht überliefert, Fotos aus dieser Zeit sind selten, wer dachte in diesen Tagen an das schriftliche Festhalten der sich überstürzenden Ereignisse? Die Angst stand den Menschen noch ins Gesicht geschrieben, und doch keimte ganz langsam Hoffnung auf bessere Tage. Es gab aber auch viele Sorgen um die, die nicht satt zu essen hatten und um die, die noch nicht wieder aus dem Krieg und der Gefangenschaft heimgekehrt waren. Eine Mörfelder Mutter von drei Kindern setzt sich in diesen Tagen hin, um ihrem Mann zu schreiben, von dem sie nicht weiß, ob er noch lebt und wo er sich befindet, ob er in Kriegsgefangenschaft ist. Sie schreibt unter anderem, „wir sind wie Zigeuner, wir schlafen schon drei Nächte im Keller auf Pritschen, seit heute

Mehr Geschichte gibt es unter:
www.dkp-mw.de

Nacht fällt kein Schuß mehr“ und an anderer Stelle, „so konnte es nicht weiter gehen, den ganzen Tag Alarm und Tiefflieger, das ist endlich vorbei. Wir haben von acht bis zehn Uhr morgens und mittags von drei bis fünf Uhr Ausgang. Wir wissen ja alle nicht, wo unsere Männer sind, wir können nur hoffen, daß der Krieg bald aus ist und wir uns alle gesund wiedersehen.“ Die nächsten Tage und Wochen wurde in Gemeinschaftsarbeit damit begonnen, die Schäden des Krieges zu beseitigen. Die von Artillerieeinschlägen beschädigten Häuser mußten wieder bewohnbar gemacht werden, in der Feldgemarkung wurden die Bombentrichter beseitigt und die Äcker nach Blindgängern abgesucht. Kein Fleckchen Erde in den Gärten und in den Feldern blieb unbepflanzt, um die Ernährung zu sichern. Auf Befehl der Amerikaner mußten alle männlichen Einwohner am Rathausplatz antreten und wur-

den auf mehrere schwere Lastkraftwagen verfrachtet, um die beschädigten Start- und Landebahnen am Flughafen wieder herzurichten. Auch wurde nach versteckten Wehrmachtsangehörigen gesucht. Am Mörfelder „Dalles“ wurden die sogenannten wehrfähigen Jahrgänge der männlichen Bevölkerung zusammengerufen, jeder hatte sich auszuweisen. Es wurde nach SS-Angehörigen geforscht, man suchte nach Tätowierungen am Oberarm. In einem der Schulsäle - im heutigen „Kulturhaus“ in der Bahnhofstr. - war einer ohne Paß ganz schnell bei denen, die, obwohl sie glaubten, der Krieg sei für sie zu Ende, noch für Jahre in Kriegsgefangenschaft mußten. In letzter Minute kam die Rettung durch zwei Mörfelder Antifaschisten (Wilhelm Völker und Wilhelm Scheuermann), die sich für ihn bei den Amerikanern einsetzten.

Zeit des Mangels

Der Krieg war für die hiesige Bevölkerung zu Ende, aber was blieb, war der Hunger. Eine lange Zeit des Mangels nahm ihren Anfang. Ausgehungerte Menschen umschlichen amerikanische Kantinen, Lebensmittelreste und Kaffeersatz wurden von Müllkippen gesammelt. Improvisation war alles, so wurden wieder alte Stallaternen beigeht, da doch noch einige Zeit der Strom ausfiel, oder es wurden ganz neue Karbidlampen gebastelt. Die zerstörten Verkehrsverbindungen, insbesondere die wichtigsten Eisenbahnlinien, wurden von der Besatzungsmacht instandgesetzt, denn sie waren für Nachschubtransporte unerlässlich.

Aus „blickpunkt“-Broschüre:

„Neubeginn - Die ersten Jahre nach dem Krieg in Mörfelden und Walldorf“ (1996)

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt“ helfen.

Das „blickpunkt“-Spenden-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553

Im Rathaus Trebur wird eine Ausstellung „Das Kornsandverbrechen“ gezeigt. Die Ausstellungseröffnung, bei der Schauspielschüler aus Mainz mitwirkten, war ein aufrüttelndes Ereignis. In der Rathausvorhalle wird an das Kornsandverbrechen vom 21. März 1945 erinnert.

Damals wurden in der Nähe des Rheins sechs Personen ermordet. Ein 1954 errichteter Gedenkstein am Kornsand erinnert daran. Jährlich findet hier am 21.3. am Gedenkstein eine Kundgebung statt. Bei den sechs Ermordeten handelte es sich um Kommunisten, Sozialdemokraten und um eine Frau jüdischer Abstammung. Alle waren schon während der Zeit des Faschismus verfolgt und vorübergehend eingesperrt gewesen. Sie wurden am 18. März 1945 wegen „Aufwiegelei“ festgenommen, am Morgen des 21. März wieder entlassen. Sie wollten mit einem Nachen den Rhein überqueren, um nach Hause zu gelangen. Sie wurden erneut verhaftet und abgeführt. Daran waren Alfred Schniering, ehemaliger Leiter der NS-Gauschule, die Leutnante Hans Kaiser und Heinrich Funk sowie Georg Ludwig Bittel, Ortsgruppenleiter der NSDAP, beteiligt. Nach einem in einer Wirtschaft durchgeführten „Verhör“ wurden die Personen zu einer in der Nähe gelegenen Flak-Stellung getrieben. Dort suchte Schniering vergeblich nach Freiwilligen für ein Erschießungskommando.

Am 21. März 1945, einem sonnigen Mittwoch, erklärte Leutnant Kaiser (18 Jahre alt) sich bereit, die Erschießung durchzuführen. Er ging allein zu den an den Gräbern stehenden Gefangenen und tötete sie durch Genickschuß. Bevor er Cerry Eller erschoss, gestattete er ihr noch einen letzten Blick über den Rhein zu ihrem Heimatort Nierstein.

Am gleichen Tag erreichte die 3. amerikanische Armee unter Führung von General George S. Patton den Rhein und nimmt Oppenheim und Nierstein kampflos ein.

Weitere Infos unter:
www.kornsandverbrechen.de

Turnhallenmangel - ein altes Problem

Es ist seit Jahren bekannt und von den Vereinen wird es immer wieder angesprochen: Es gibt in unserer Stadt, und zwar in beiden Stadtteilen, zu wenig Turnhallen. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte die Meinung aufkommen, der derzeitige Bestand sei ausreichend, wenn er nur besser unter den Nutzern verteilt würde. Um eine bessere Ausnutzung der an die Vereine vergebenen Hallenplätze zu erreichen, will der SPD-dominierte Magistrat ein externes Institut einsetzen. Will damit der Bürgermeister und die örtliche SPD mitsamt ihrer Fraktion sich der Verantwortung entziehen? Wer so handelt, betreibt eine Mangelverwaltung und zeigt keinerlei Perspektiven auf.

Dabei hätte es bei etwas gutem Willen durchaus die Möglichkeit gegeben, mit verhältnismäßig geringen Kosten die Situation zu verbessern. Wie bekannt, wird die kleine Schulturnhalle im Rahmen der Sanierung der Bürgermeister-Klingler-Schule demnächst abgerissen. Dafür baut der Kreis als Schulträger wieder eine kleine Einfeldhalle, obwohl

genügend Platz auch für eine Zwei- evtl. auch Dreifeldhalle vorhanden ist. Die Bereitschaft des Kreises, bei Beteiligung der Stadt an den Mehrkosten, größer zu bauen, war vorhanden. Auch die SKV Mörfelden hätte sich daran beteiligt. Es ist schade, dass eine solche Chance vertan wurde.

Wie ernst die Situation ist, geht aus so manchem Vorstandsbericht in den zur Zeit laufenden Jahreshauptversammlungen der Vereine und ihrer Abteilungen hervor. So besteht akuter Platzmangel unter anderem bei den Sparten Trampolin, Jazz-Tanz und Einradfahren der SKV-Mörfelden bis hin zu Wartelisten bei Kindern und Jugendlichen. Es könnten z. B. neue Gruppen u. a. für altersgerechte Senioren-Gymnastik angeboten werden, für die bereits Bedarf besteht. So und ähnlich verhält es sich bei den drei Walldorfer Vereinen TGS, SKG und Rot-Weiß. Hinzu kommt, dass auch von den beiden Jugendzentren der Wunsch geäußert wurde, im Rahmen ihrer erlebnispädagogischen Angebote auf einen regelmäßig zur Verfügung stehenden

Hallenplatz zurückgreifen zu können. Auch die beiden Kinderhorte nutzen wöchentlich Turnhallen. Dazu kommt der sicher noch auszubauende Schulsport. In dieser Zeitung wurde bereits im Juni und November 2002 darauf verwiesen und die DKP/OL-Fraktion hatte im Dezember 2002 einen entsprechenden Antrag gestellt. Im Bericht „Umsetzung Anträge“ vom September 2004 hat der Magistrat zum Antrag „Neubau einer Sporthalle an der Bürgermeister-Klingler-Schule“ vermerkt: Zurückgestellt.

Die Verantwortlichen der Stadt und des Kreises sollten sich auf jeden Fall noch einmal zusammensetzen und versuchen evtl. doch noch eine größere Lösung für den anstehenden Bau der Schulturnhalle zu finden. Heinz Hechler

Leserbrief

Auch Kleinvieh macht Mist

Dies kann man im doppelten Sinne sagen. In der Region wird derzeit stark um Walderhalt gekämpft. Auch kleine Eingriffe in Natur und Landschaft sollen vermieden werden.

Doch verwunderlich: An der B486 (Langener Straße) wird plötzlich der Blick zum ehemaligen Mülldeponie-Betriebshof, zuletzt genutzt von der Fa. Wagner-Entsorgung, vollkommen frei.

Nach dem Forstgesetz soll in Hessen der naturnahe Waldbau Vorrang haben. Hier ist das Gegenteil der Fall. Es erfolgte ein Kahlschlag im Unterholz. Von der vorhandenen und angestrebten Naturverjüngung ist nichts mehr zu sehen.

Gerade Waldränder sind ökologisch wertvoll für Fauna und Flora und besonders zu schützen. Eingriffe dieser Art sind normalerweise genehmigungspflichtig. Aus der Reihe der Naturschutzverbände ist ein Genehmigungsverfahren nicht bekannt.

Aber im Blätterwald hört man rauschen, eine Nutzung des Geländes, das noch im Eigentum der Fa. Mitteldorf ist, sei durch einen Automobilkonzern vorgesehen, dessen Stern weit leuchtet und der den Blick von der B486 auf abzustellende Fahrzeuge durch den verbliebenen Hochwald wünscht.

(Einsender der Redaktion bekannt)



Das Waldstück zwischen der Bundesstraße 486 und der Fa. Wagner-Entsorgung (nahe Müllberg) ist gelichtet und von jeglichem Unterholz und Sträuchern gesäubert worden. Der Eigentümer des Waldes und des Geländes auf dem sich die Fa. Wagner befindet ist das Kiesunternehmen Mitteldorf. Wie man hört, will die Fa. Wagner ihren Firmensitz in Mörfelden aufgeben. Mitteldorf will sicher dort einen anderen Betrieb ansiedeln, den man schon von der Straße aus sehen soll. Deshalb die für den Wald äußerst schädliche Unterholzvernichtung. Man muß sich schon fragen, was sich manche Herrschaften in unserem Lande heraus nehmen können? (siehe Leserbrief)

Stadtgeschichten



So lange schon Gesang- und Musikvereine bestehen ist es Brauch und wird auch heute noch so gehalten, dass bei runden Geburtstagen, zur Hochzeit oder anlässlich der Silbernen- und Goldenen Hochzeit den Vereinsmitgliedern ein Ständchen gebracht wird. Ein Ständchen ist laut Brockhaus: „Ein Musikstück, das jemandem zur Huldigung, besonders unter dem Fenster vorgetragen wird“. Manchmal war es bestellt, aber oft war es auch als Überraschung gedacht und der oder die „Geehrte“ bzw. „Gehuldigte“ mitsamt den in froher Runde zusammen sitzenden Gästen hörten plötzlich durch 's Fenster vom Hof oder der Strasse her Gesang bzw. Musik. Wenn die Räumlichkeiten ausreichten, wurden die „Ständchenbringer“ anschließend zum Mitfeiern eingeladen oder es wurde eine „Runde“ im Vereinslokal ausgegeben. So wird es sich auch im Jahre 1952 (siehe Foto) bei Jakob Vollhardt in Walldorf abgespielt haben, als er seinen 50. Geburtstag in seinem Haus in der Riedstrasse feierte. Das Ständchen brachte der Spielmannszug der SKG Walldorf dem Vorstandsmitglied. Als zweiten von links sehen wir in der ersten Reihe: Jakob Vollhardt, dann Paul Napiontek, Kurt Best, Peter Weber, Alfred Becker. In der zweiten Reihe v. l. Horst Cezanne, Gerd Gahn, Edwin Dechert, Günter Dietze und Helmut Hechler.



Aus dem Programm:



KuBa

9. April

KHAN Connection #16 „Jazz“

Film und DJ-Set zum Thema Jazz.

Beginn: 20 Uhr - Eintritt: 2 Euro

14. April

„Rettet das Vinyl“

Schallplattenabend, Interpretieren mit dem

Anfangsbuchstaben U. - Beginn: 20 Uhr

30. April

Ausstellungseröffnung über das Mörfelder Volkshaus.

Beginn: 20 Uhr

30. April

„Cabaret Paris“ - Querböse

Lieder und Texte von Brecht, Tucholsky u.a.

Beginn: 21 Uhr

Eintritt: 5 Euro, ermäßigt 3 Euro

(ALG II-EmpfängerInnen frei)

Vorverkauf zu den Öffnungszeiten des KuBa oder

unter Tel. 06105/943876

8. Mai

„Die Militarisierung Europas“

Diskussionsveranstaltung der Aktion Toleranz in

Zusammenarbeit mit den evangelischen Kirchen-

gemeinden, Referent: Dr. Lothar Liebsch

Beginn: 20 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Immer schee
langsam
de Reih' nooch,
wie de Bauer
die Klees frißt.